

BREISACH

www.badische-zeitung.de/breisach

Plädoyer für die Flurneuordnung

Der Oberrotweiler Ortsvorsteher Arno Landerer blickte auf 2018 zurück und kündigte künftige Projekte an. *Seite 34*

Dorfblädele schreibt schwarze Zahlen

Der Förderverein des Bischoffinger Lädels zog eine positive Bilanz. Die Brötchen kommen jetzt aus Ehrenkirchen. *Seite 34*

Freiburg stellt sich quer

Die Stadt hat bei der Offenlage massive Kritik an den Umbauplänen für den Edeka-Markt in Umkirch vorgebracht. *Seite 35*

Alles, was los ist

Lust auf Konzert, auf Kino oder Museum? Alles, was heute in der Region los ist, steht auf den *Seiten 36/37*

Keine neuen Belastungen für die Bürger

Breisach verzichtet 2019 auf die Erhöhung von Steuern und Gebühren / Gemeinderat verabschiedet neuen Haushaltsplan einstimmig

Von Gerold Zink

BREISACH. Eine gute Nachricht für alle Einwohner von Breisach zum Jahresende: Die Stadt verzichtet 2019 auf die Erhöhung von Steuern und Gebühren. Dass dies nicht selbstverständlich ist, wurde am Dienstagabend im Gemeinderat bei der Verabschiedung des Haushaltsplanes für das kommende Jahr deutlich. Denn die finanzielle Situation der Kommune wird sich wohl bereits 2019 aufgrund hoher Investitionen verschlechtern. Und in den kommenden Jahren stehen einige weitere Großprojekte wie die Sanierung der Schulen und der Bau neuer Kindergärten an.

Einstimmig wurde der Haushaltsplan von den Stadträten verabschiedet. Gegenüber dem Entwurf, den Bürgermeister Oliver Rein in der Gemeinderatssitzung im November vorgestellt hatte (die BZ berichtete bereits), gibt es nur wenige Änderungen. Das Regelwerk war vom Verwaltungs- und Sozialausschuss in einer Sitzung Ende November eingehend vorbereitet worden. Gestiegen sind mittlerweile einige Zuschüsse des Landes, zum Beispiel für die Realschule und die Betreuung des Nachwuchses in Krippen und Kindergärten. Leicht verringert haben sich demgegenüber die Schlüsselzuweisungen des Landes und der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer. Neu in den Haushaltsplan aufgenommen wurden Zu-



4,6 Millionen Euro will die Stadt 2019 in die Umgestaltung des Marktplatzes investieren. FOTO: AGNES POHRT

schüsse für den Tageselternverein (65 000 Euro) und für die Förderung des Radverkehrs in der Stadt (100 000 Euro). Die geplante Kreditaufnahme verringert sich leicht von 4,05 auf 4 Millionen Euro.

Der Ergebnishaushalt sieht nun Aufwendungen von 43,9 und Erträge von 43,1 Millionen Euro vor. Rund 11,6 Millionen Euro will die Stadt investieren, vor allem in die Bereiche Bildung, Kinderbe-

treuung und Infrastruktur. Der größte Brocken ist hier mit Abstand die letzte Rate von rund 4,6 Millionen Euro für die Umgestaltung des Marktplatzes sowie angrenzender Bereiche.

KOMMENTAR

Breisacher Haushalt 2019

Schwieriger Spagat

Von Gerold Zink

Breisachs Bürgermeister Oliver Rein, die Stadtverwaltung und die Gemeinderäte sind derzeit nicht zu beneiden. Denn sie müssen einen schwierigen Spagat wagen. Auf der einen Seite ist es sinnvoll, in Zeiten von äußerst niedrigen Zinsen möglichst viele Großprojekte zu realisieren. Andererseits darf die Verschuldung nicht so hoch werden, dass auf Jahre hinaus keine neuen Vorhaben mehr umgesetzt werden können und die nachfolgende Generation zu stark belastet wird. Künftig sollten Verwaltung und Stadtrat deshalb zweigleisig fahren. Auf der Ausgabe Seite ist eine hohe Disziplin gefordert, besonders beim nächsten großen Projekt, das ansteht, dem Neubau beziehungsweise der Sanierung von Real- und Julius-Leber-Schule. Hier wird nicht alles Wünschenswerte umzusetzen sein. Darüber hinaus muss die Stadt dringend versuchen, ihre Einnahmen zu erhöhen. Die Vermarktung der Grundstücke im neuen Gewerbepark auf dem ehemaligen KBC-Gelände könnte durchaus dynamischer sein, ebenso die Wirtschaftsförderung der Stadt. Hier gibt es durchaus noch Nachholbedarf.

► zink@badische-zeitung.de



Alle Fraktionen wollen in Zukunft noch mehr auf die Kosten achten

Aussprache im Gemeinderat über den Haushalt der Stadt Breisach für das Jahr 2019 / Zahlreiche Übereinstimmungen, aber teilweise auch markante Unterschiede

BREISACH. Ausführlich haben die Fraktionen des Breisacher Gemeinderates in ihrer Sitzung am Dienstagabend Stellung zum Haushalt der Stadt für das Jahr 2019 genommen. Dabei gab es viele Übereinstimmungen, aber auch markante Unterschiede.

CDU: Neubau für die Realschule

Fraktionssprecher Jacob Loewe verteidigte die Personalkosten der Stadt. Einsparungen seien hier schwierig umzusetzen. Allerdings forderte er aufgrund hoher Investitionen und wachsender Schulden ein strenges Kosten-Controlling bei großen Projekten. Den Umbau des Marktplatzes lobte Loewe ausdrücklich: „Es macht Spaß zu sehen, wie die Arbeiten mit großen Schritten voranschreiten.“ Beim Thema Schulen befürwortete die CDU einen Neubau der Realschule und eine Sanierung der Julius-Leber-Schule. Auch die hohen Ausgaben bei der Betreuung von Kindern seien nötig. Loewe forderte bezahlbaren Wohnraum, warnte aber vor einer zu dichten Bebauung in neuen Baugebieten. Der Tourismus, der von der Aufwertung der Breisacher Innenstadt sicherlich profitieren werde, solle künftig mehr Geld in die Stadtkasse spülen. Auch bei der Gewerbesteuer gebe es noch Luft nach oben. Die Kippschale sei für den Haushalt unverzichtbar. Zum Schluss forderte Loewe alle auf, sich für die Demokratie in Europa einzusetzen. Außerdem bedankte er sich, wie alle anderen Fraktionen auch, bei Bürgermeister Oliver Rein und den Mitarbeitern der Stadtverwaltung für ihren Einsatz.

SPD: Verkehrsprobleme lösen

„Es wächst etwas Besonderes heran in unserer Innenstadt“, freute sich SPD-Fraktionssprecher Frank Kreutner. Allerdings müssten die Verkehrsprobleme bald gelöst werden. Dabei sprach er sich dafür aus, „den Abfluss des Verkehrs über den Marktplatz hinaus zu unterbinden“, Bereiche der Innenstadt als verkehrsberuhigte Zonen auszuweisen und auf innenstadtnahen Parkplätzen eine Parkzeitbeschränkung einzuführen. Beim Thema Schule und Kinderbetreuung votierte auch Kreutner für Neubauten. Wichtig ist der SPD nicht nur, dass in neuen Wohngebieten mehrgeschossige Häuser gebaut werden, sondern dass sichergestellt wird, dass es dort auch bezahlbaren Wohnraum gibt. Kreutner bedauerte, dass die Pläne für eine neue Stadthalle auf Eis gelegt werden müssten, forderte jedoch zumindest den Ausbau der Sporthallenkapazitäten. Dass der Helios-Konzern die Grundversorgung am Breisacher Krankenhaus ausdünn, kritisierte Kreutner scharf. Als positiv bezeichnete er, dass der Gemeinderat die Weichen für einen neuen Busparkplatz am Sport- und Freizeitgelände gestellt hat. Damit, so hofft Kreutner, wird das große Ärgernis „Busverkehr in der Rheinuferstraße“ endlich der Vergangenheit angehören.

ULB: Mehr ans Klima denken

Jürgen Langer kritisierte eingangs seiner Haushaltsrede scharf, dass Land und Bund die Kommunen in finanzieller Hinsicht oft im Regen stehen lassen. Breisach müsse daher auch über die Kürzung von



Auch im nächsten Jahr hat die Stadt Breisach hohe Ausgaben. FOTO: DPA

freiwilligen Leistungen nachdenken. Um die Arbeitsabläufe in der Verwaltung zu verbessern, würde die ULB gerne eine Unternehmensberatung einschalten. Beim Umwelt- und Klimaschutz müsse jedermann nach dem heißen Sommer sowie verschiedenen Klimakatastrophen in der Welt klar sein, dass künftig alle Entscheidungen des Stadtrats unter Berücksichtigung klimaschützender Aspekte getroffen werden müssten. Hier könne auch eine Baum- und Grünsatzung einen Beitrag leisten. Langer freute sich, dass die Umweltliste mit ihrem Antrag, den Radverkehr jährlich mit 100 000 Euro zu fördern, Erfolg hatte. Abschließend forderte er bezahlbare Wohnungen, eine eigene untere Straßenverkehrsbehörde, Neubauten für die Schulen und eine Stadtbau-genossenschaft.

Grüne: Grünes Verkehrskonzept

August Wagner forderte ein grünes Verkehrskonzept für Breisach und die Ortsteile mit einer deutlichen Reduzierung des Autoverkehrs. Dazu könnten auch eine umgekehrte Verkehrsführung in der Breisacher Innenstadt sowie ein weiterer Ausbau der Radwege beitragen. Für den Klimaschutz müssten in der Stadt mehr Schatten spendende Bäume gepflanzt werden. Auf Glyphosat und andere Pestizide gelte es zu verzichten. Wagner sprach sich für bezahlbaren Wohnraum, den Neu- oder Umbau des Schulcampus sowie für einen neuen Naturkindergarten aus. Kritisch äußerte sich der Gemeinderat der Grünen zu den Plänen von Helios für das Krankenhaus und den Vorgängen um die Breisacher Post. „Als ein ganz wesentliches Element dieses und auch schon der vergangenen Jahre haben wir das große Engagement und den Erfolg der Bürgerinitiativen erlebt. Bürgerliches, politisches Handeln, das heißt Politik von der Basis aus, dies ist ein urgrüner Gedanke“, betonte Wagner.

FDP/FWB: Konsolidierung nötig

Nur mit „Bedenken und erhabenem Zeigefinger“ stimmte die FDP/FWB-Fraktion dem Breisacher Haushaltsplan 2019 zu. Denn nach Ansicht von Fraktionssprecher Werner Schneider ist die finanzielle Situation der Stadt bedenklich. Auch die Gemeindeprüfungsanstalt habe erst kürzlich in ihrem Bericht angeregt, das geplante große Investitionsprogramm der Stadt dringend auf Notwendigkeit und Dringlichkeit zu überprüfen. Ziel einer je-

den Kommune müsse es immer sein, ein ausgeglichenes Ergebnis zu erwirtschaften. Zinsen und Tilgung könnten bis in wenigen Jahren in Breisach jährlich schon 1,28 Millionen Euro betragen. Eine Konsolidierung des Haushaltes sei deshalb dringend erforderlich. Auch in den Bereichen Bildung und Kinderbetreuung könne die Stadt nur mit den vorhandenen Mitteln wirtschaften. Um die Einnahmen zu erhöhen, forderte Schneider eine bessere Wirtschaftsförderung. Aber diese müsse auch aktiv betrieben werden. Dies regte seine Fraktion schon seit Jahren immer wieder an. Außerdem sprach sich Schneider für die Gründung einer Wohnbaugenossenschaft aus.

BLB/AFB: Kosten kontrollieren

Für eine Kontrolle der Kosten bei Projekten sprach sich Stefan Schnebelt, Vertreter der Breisacher Bürgerliste/Alternative für Breisach, aus. Unerwartete Mehrkosten müssten künftig vermieden werden. Allerdings seien zum Beispiel die Ausgaben für den Erhalt der Infrastruktur, für die Betreuung der Kinder und für die Schulen nötig und sinnvoll. Wichtig sei künftig besonders die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum. Schnebelt kritisierte die Vorgänge um die Breisacher Klinik: „Die Grundversorgung der Bürger sollte nicht von Konzernen bestimmt werden, die nur auf ihren eigenen Profit aus sind.“

Gerold Zink

► Die Stellungnahmen der Fraktionen gibt es im Wortlaut unter www.badische-zeitung.de/breisach.